

Basler Stadtbuch
Dossier 2020

Jüdische Gemeinde – gefährdete Kontinuität
Simon Erlanger

Jüdische Gemeinde – gefährdete Kontinuität

Simon Erlanger

Jüdinnen und Juden sind in Basel seit rund acht Jahrhunderten nachgewiesen. Eine erste jüdische Gemeinde ist zu Beginn des 13. Jahrhunderts belegt. Im ältesten schriftlichen Zeugnis verpfändet der Bischof von Basel 1223 den Münsterschatz an die Juden, um den Bau der Mittleren Brücke finanzieren zu können. Diese erste jüdische Gemeinde fiel den Verfolgungen während der Pestepidemie von 1348/49 zum Opfer, als ihre Mitglieder auf einer heute nicht mehr existierenden Insel im Rhein verbrannt wurden. Der jüdische Friedhof beim heutigen Kollegiengebäude der Universität wurde verwüstet, die Grabsteine entfernt. Immer werden sie bei Grabungen und Bauarbeiten gefunden. Zuletzt kamen im Herbst 2019 vier jüdische Grabsteine beim Bau des neuen Parkings beim Kunstmuseum zum Vorschein.

Kurz nach dem Erdbeben von 1356 bildete sich die zweite Basler jüdische Gemeinde, deren Synagoge an der Gerbergasse war, beim heutigen Unternehmen Mitte. Man profitierte von dieser Gemeinde für den Bau des dritten Befestigungsgürtels der Stadt. Doch schon um 1400 flüchteten die Basler Jüdinnen und Juden vor der Gefahr erneuter Verfolgung in die stadtnahen Dörfer. Dort bildeten sie während Jahrhunderten jüdische Landgemeinden, unter anderem in Aesch, Dornach, Allschwil, Hegenheim und Hagenthal. Die Friedhöfe von Zwingen (1573–1673) und Hegenheim (1673 bis heute) zeugen von Kontinuität in all den Jahren, in denen Juden der Aufenthalt in Basel nicht gestattet war – dies, obwohl die Stadt im 16. Jahrhundert eines der wichtigsten Zentren für hebräische Drucke in ganz Europa war.

Gleichberechtigt und anerkannt

Erst mit Napoleons Eroberung der Alten Eidgenossenschaft durften sich ab 1798 Jüdinnen und Juden aus dem Elsass in Basel niederlassen. 1805 wurde die heutige Israelitische Gemeinde Basel (IGB) gegründet. Mit der Emanzipation der Schweizer Juden seit 1866 wurden auch die Basler Jüdinnen und Juden gleichberechtigte Bürger. Seit 1972 ist die IGB öffentlich-rechtlich anerkannt und damit den Landeskirchen gleichgestellt. Die IGB versteht sich als Einheitsgemeinde, die zwar orthodox geführt wird, aber Mitglieder verschiedener religiöser Ausrichtungen umfasst. 1927 spaltete sich von der IGB die ultraorthodoxe Israelitische Religionsgesellschaft (IRG) ab, die heute etwa 250 Personen zählt. Dazu kommt die 2004 gegründete liberale jüdische Gemeinde Migwan mit etwa 70 Mitgliedern. Im Gegensatz zur immer noch mitgliederstarken IGB, der «grossen Gemeinde», sind weder IRG noch Migwan vom Kanton als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt.

Bemerkenswert ist die Kontinuität der IGB. Sie wird in der Grossen Synagoge der IGB an der Basler Leimenstrasse sichtbar. Wer sich der Ostwand zuwendet, erkennt dort den in die Wand eingelassenen Schrank mit den Thora-Rollen, den «Aron Hakodesch». Dieser wird durch eine stählerne Tür verschlossen, vor die wiederum ein Vorhang, der «Parochet», heruntergelassen wird. Oft hängt vor dem Schrein ein dunkelroter, vom Alter gezeichneter Samtvorhang. Er wurde vor rund 150 Jahren von den Frauen der Gemeinde angefertigt und bestickt und der 1868 erbauten Basler Synagoge, mit damals nur einer Kuppel, gestiftet. Dass heute immer noch derselbe Vorhang in der Synagoge hängt, ist 75 Jahre nach der Schoah einzigartig. Die jüdische Bevölkerung Basels kann somit auf eine ungebrochene Gemeindengeschichte zurückblicken. Fast überall sonst in West-, Mittel- und Osteuropa wurden die jüdischen Gemeinden entweder vernichtet oder zumindest stark dezimiert beziehungsweise aufgelöst. Die Kontinuität jüdischen Lebens wurde gebrochen – nicht so in Basel. Dies hat das Selbstverständnis der Basler Jüdinnen und Juden geprägt. Zum Symbol ihrer Identität wurde die Grosse Basler Synagoge, liebevoll «Syni» genannt. Im Jahr 1892 erweitert und mit einer zweiten Kuppel versehen, prägt sie bis heute das Stadtbild und symbolisiert so auch die Integration und die Anerkennung, welche die IGB im Stadtkanton geniesst.

Erfolgsgeschichte

Vor allem in den auf 1945 folgenden Jahrzehnten war der kontinuierliche Ausbau der Institutionen ein herausragendes Merkmal der IGB, sodass die Gemeinde und die ihr angeschlossenen Vereine immer besser den sozialen und pädagogischen Aufgaben nachkommen konnten, die sich einer traditionellen jüdischen Gemeinde stellen. Die Gemeinde wuchs, es gab immer mehr Mitglieder und zahlreiche Aktivitäten in der Gemeinde selbst sowie in den zahlreichen Gemeindeinstitutionen, Vereinen und Jugendbünden. Zentrum des Gemeindelebens wurde das 1958 eingeweihte Gemeindehaus an der Leimenstrasse 24 mit seinen Sekretariats- und Rabbinats-Büros, seinen Schulräumen und seinem grossen Gemeindesaal. Prägend war darüber hinaus der seit den Fünfziger- und Sechzigerjahren erfolgte Ausbau des formellen Erziehungswesens, als zur traditionellen Religionsschule eine Kita, ein Kindergarten und eine Primarschule hinzukamen.

Dieses Aufblühen fand auch anderswo in der Schweiz statt. Nach den schrecklichen Erfahrungen der Kriegsjahre galten die Sechziger und Siebziger als goldenes Zeitalter des Schweizer Judentums. Die Gemeinden waren jung, dynamisch und aktiv. Vom Schweizer Judentum gingen Impulse aus für die Wiederbelebung des Judentums in Europa. So etwa gab es in Basel ein jüdisches Lehrerseminar, das allerdings nach kurzer Zeit wegen Finanzierungsproblemen wieder geschlossen wurde. Doch blieb trotz der grossen Dynamik eine konstant hohe Auswanderung vor allem nach Israel bestehen. Wegen des natürlichen demografischen Wachstums und einer gewissen Einwanderung pendelte sich die offizielle Zahl der Juden in der Schweiz bei 18'000 ein. Die Dunkelziffer ist unbekannt.

Auf den ersten Blick war dies eine Erfolgsgeschichte. Den Gemeinden ging es lange gut. Zu achtzig Prozent Schweizer Bürger, sind die Schweizer Juden bis heute sehr gut integriert und akkulturiert. Sie sind vielleicht manchmal sogar etwas überangepasst, schweizerischer als die Schweizer. Die meisten fallen kaum auf, sind – je nach Wohnort – FCB-, YB- oder FCZ-Fans, gehören dem Mittelstand an und tragen aktiv zum gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben der Schweiz bei. Und das seit Generationen.

Schrumpfung und Sicherheitsdebatte

Alles scheint ideal, wäre da nicht seit 2015 die Sicherheitsdebatte, als Bund und Kantone erst nach langem Hin und Her die Notwendigkeit anerkannten, die Schweizer Juden als Einwohner der Schweiz so aktiv zu schützen, wie dies in der Verfassung vorgesehen ist. Angesichts der europaweiten Bedrohungen durch Antisemitismus und Terror wurde dies leider nötig. Die anfängliche Ablehnung der staatlichen Unterstützung jüdischer Sicherheit durch diverse Parteien, in Basel etwa 2018 in einer ersten Abstimmung im Grossen Rat durch SP und FDP, hinterliess einen bitteren Nachgeschmack.

Die Sicherheitsdebatte traf die Schweizer Juden und auch die Basler jüdische Gemeinde in einem heiklen Moment. Die Gemeinden schrumpfen, die IGB sogar rasanter als andere Gemeinden ähnlicher Grösse. Der Blick nach Israel veranschaulicht das Problem: Dort leben heute mit rund 19'000 Jüdinnen und Juden schweizerischer Herkunft mehr Juden als in der Schweiz selbst. Diese Situation ist für die jüdische Gemeinschaft eines freiheitlich-westlichen Landes einzigartig. Selbst bei den durch virulenten Antisemitismus geplagten französischen Juden, die in den letzten Jahren zu Tausenden Frankreich verlassen haben, sind die Zahlen nicht so drastisch.

Seit Jahren unterliegt die schweizerisch-jüdische Gemeinschaft einem Schrumpfungsprozess. Ganze Generationen sind ausgewandert, viele traditionsreiche Gemeinden sind verschwunden oder haben sich radikal verkleinert. Mittlere Gemeinden werden klein, Grossgemeinden steigen demografisch ab. Nur noch zwei der nunmehr sechzehn Mitgliedsgemeinden des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes zählen mehr als tausend Mitglieder. Neun sind Klein- oder Kleinstgemeinden und existieren nur noch auf dem Papier. In Basel etwa hat ein grosser Teil der jungen jüdischen Generation die Stadt verlassen, Dutzende in Richtung

Zürich, Hunderte nach Israel. Dies führte zu einer rasanten Schrumpfung und einer spürbaren Überalterung. Eine Zuwanderung, etwa durch Angestellte der pharmazeutischen Industrie, findet zwar statt, ist aber für die Gemeinde statistisch kaum relevant. Die meisten Expats ziehen es vor, sich ausserhalb der traditionellen Strukturen zu organisieren.

Derweil ist die 122 Jahre alte IGB massiv am Schrumpfen. Zählte man in Basel-Stadt 1950 noch 2'620 Jüdinnen und Juden auf Kantonsgebiet, so fiel deren Zahl bis 1980 auf unter 2'000. Von ihnen waren 1'515 Erwachsene Mitglied in der IGB. Bis 1996 sank der Mitgliederbestand auf 1'306 Personen. 1997 unterschritt er erstmals die Grenze von 1'300. Dort pendelte sich die Zahl für ein paar Jahre ein. 2004 waren es noch 1'218. Ende 2016 wurden nur noch 967 Mitglieder gezählt, 2019 sind es unter 900. Die Abwanderung hat zur Folge, dass auch weniger Kinder in die IGB hineingeboren werden. Schon jetzt richten sich daher Kindergärten und Jüdische Primarschule auf Jahrgänge mit zwei, drei oder vier Kindern ein, während es in der Vergangenheit Jahrgänge mit bis zu fünfzehn Kindern gab.

Finanz- und Strukturprobleme

Der Mitgliederschwund der IGB dürfte sich auch in rückgängigen Steuereinnahmen bemerkbar machen, sodass sich die Frage stellt, wie lange die auf eine grössere Gemeinde ausgerichteten Institutionen noch finanzierbar sein werden.

Im Gegensatz zu den Austrittswellen in den Landeskirchen, wo Ausgetretene noch da sind und vielleicht wieder mobilisiert werden könnten, sind die ehemaligen Mitglieder der jüdischen Gemeinden mehrheitlich schlicht nicht mehr am Ort vorhanden. Mit knapp 18'000 zählen die Schweizer Juden heute 2'000 Personen weniger als 1920. Da sich aber seither die Bevölkerung der Schweiz auf 8,4 Millionen mehr als verdoppelt hat, ist der Bevölkerungsanteil der Juden drastisch gesunken. War Basel nach 1945 noch ein wichtiges Zentrum der Schweizer Juden, so ist es heute die Stadt Zürich, auf die sich das jüdische Leben in der Schweiz konzentriert. Dort wachsen die Gemeinden, wobei diese demografische Entwicklung auch mit der Präsenz ultra-orthodoxer Gruppen mit kinderreichen Familien zu tun hat.

Zusätzlich zum demografischen Niedergang bedroht die zusehends prekäre Sicherheitslage die Kontinuität des Judentums in der Schweiz und in Basel. Obwohl hierzulande die Zahl der gemeldeten und registrierten antisemitischen Zwischenfälle auf hohem Niveau stabil bleibt, ist die Schweiz keine Insel. In der unmittelbaren Nachbarschaft sieht sich in Frankreich die grösste jüdische Gemeinde Europas existenziell bedroht. Seit den tödlichen Attacken von 2015 und 2016 werden dort Synagogen, Gemeindezentren und Schulen vom Militär bewacht. 2018 wurde eine Zunahme antisemitischer Akte um rund 74 Prozent verzeichnet; 2019 nahm ihre Zahl nochmals zu. Auch in Deutschland ist organisiertes jüdisches Leben 75 Jahre nach der Schoah nur unter ständiger Bewachung möglich. In unserem nördlichen Nachbarland stieg die Zahl antisemitischer Gewalttaten in einzelnen Bundesländern um 60 Prozent. Und 40 Prozent der Juden in den Ländern der Europäischen Union spielen mit dem Gedanken, Europa zu verlassen, wie eine Umfrage der EU von 2019 ergab.

Während die Zahl registrierter antisemitischer Übergriffe in der Schweiz stabil bleibt, haben auch hierzulande offene Manifestationen des Antisemitismus – wie ihn die «International Holocaust Remembrance Alliance» 2016 international verbindlich definiert hat – massiv zugenommen. Dazu kommt seither noch die europaweite terroristische Bedrohung. Heute gibt es auch in Basel keine jüdische Institution, die sich nicht um ihre Sicherheit sorgte. Synagogen und Gemeindezentren müssen dauernd bewacht werden. Die Kosten verstärken das unter anderem durch die demografische Schrumpfung verursachte strukturelle Defizit der IGB und bringen sie an den Rand des ökonomisch Verkraftbaren.

Schwierige Finanzierung der Sicherheit

Aktuell wurde die bis anhin von der Öffentlichkeit ignorierte Sicherheitsproblematik 2016, als die Juden der Schweiz zusammen mit der Eidgenossenschaft das 150-Jahr-Jubiläum ihrer Eman-

zipation feierten. Ende 2016, ausgerechnet im Jubiläumsjahr der rechtlichen Gleichstellung, stellte der Bund in einem Expertenbericht zur Sicherheit jüdischer Gemeinden zwar die tatsächliche Bedrohung fest, lehnte aber einen Beitrag an jüdische Sicherheit ab. Die Juden hätten diese selbst zu berappen und zu organisieren. Damit hatte sich der Schweizer Staat geweigert, Verantwortung für einen Teil seiner Bürger zu übernehmen, obwohl er laut Verfassung dazu verpflichtet ist. Seit Jahrhunderten ansässig, seit 150 Jahren gleichberechtigt, stellte sich den Juden nun die Frage, ob sie nicht doch Bürger auf Widerruf geblieben sind. Obwohl sich mittlerweile positive Signale gehäuft haben und auch konkrete Hilfe von Bund und Kantonen erfolgt ist, ist Irritation zurückgeblieben.

Mittlerweile stellt der Bund nicht nur den jüdischen Gemeinden, sondern allen bedrohten Minderheiten einen Betrag von gesamthaft 500'000 Franken zur Verfügung. Dieser im Hinblick auf die zahlreichen Institutionen und Körperschaften eher symbolische Betrag soll vor allem ein Ansporn an die Kantone sein, ihrerseits in Sachen Sicherheit aktiv zu werden. Auch in Basel-Stadt scheint dies gelungen, wenngleich 2018 der Grosse Rat erst im zweiten Anlauf beschloss, einem LDP-Postulat zu folgen und die Sicherheit der beiden jüdischen Gemeinden mit 746'000 Franken mitzufinanzieren. Diese wird künftig in das Dispositiv des Kantons integriert, was mittlerweile dem politischen Konsens entspricht. Zusätzlich beantragte die Basler Regierung im Juni 2020 beim Grossen Rat weitere 605'000 Franken für bauliche und technische Massnahmen, um den Schutz jüdischer Einrichtungen in Basel weiter zu verbessern. Damit werde das 2018 beschlossene Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» ergänzt, so der Basler Regierungsrat.

Derweil schreitet der Schrumpfungsprozess der IGB voran. Diese sieht sich nun vor der entscheidenden Herausforderung, ihre Strukturen den neuen Gegebenheiten anzupassen, ohne dass dieser Sparkurs die Aktivitäten der traditionsreichen Gemeinde einschränkt. Nur so lässt sich verhindern, dass die Kontinuität jüdischen Lebens in Basel nach mehr als zweihundert Jahren endet.

Über den Autor

Simon Erlanger ist Journalist, Historiker und Dozent an der Universität Luzern.

Beiträge zum Thema im Basler Jahrbuch / Basler Stadtbuch

«Judenwohnungen im mittelalterlichen Basel» (Theodor Nordmann, Basler Jahrbuch 1929, S. 172–201)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1929/1929_0583.html

«Die Basler Synagoge. Ihr Erbauer, Hermann Gauss-Kienle (1835–1868)» (Julia Gauss, Basler Stadtbuch 1969, S. 202–204)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1969/1969_1269.html

«Basler Synagogen im Laufe der Geschichte» (Ludwig Kahn, Basler Stadtbuch 1969, S. 205–207)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1969/1969_1270.html

«175 Jahre Israelitische Gemeinde Basel» (Katia Guth-Dreyfus, Basler Stadtbuch 1980, S. 153–162)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1980/1980_1578.html

«Basler Synagoge renoviert» (Fritz Friedmann, Basler Stadtbuch 1988, S. 140–141)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1988/1988_1973.html

«Das Gotteshaus ist offen für alle. Israel M. Levinger – 20 Jahre im Dienst der jüdischen Gemeinde» (Fritz Friedmann, Basler Stadtbuch 2000, S. 244–250)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2000/2000_2717.html

«Der mittelalterliche Judenfriedhof unter dem Kollegienhaus. Ein Zeuge der jüdischen Gemeinde von Basel» (Christoph Philipp Matt, Basler Stadtbuch 2003, S. 142–146)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2003/2003_2854.html

«Religionen in Basel. Von der reformierten Vergangenheit zur multireligiösen Gegenwart» (Christoph Peter Baumann, Basler Stadtbuch 2005, S. 20–25)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2005/2005_2908.html

«Von der Bieridee zum Religionsfestival. Im Projekt «religions.basel» förderten Jugendliche die Verständigung zwischen den Religionen» (Julia Konstantinidis, Basler Stadtbuch 2005, S. 37–39)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2005/2005_2910.html

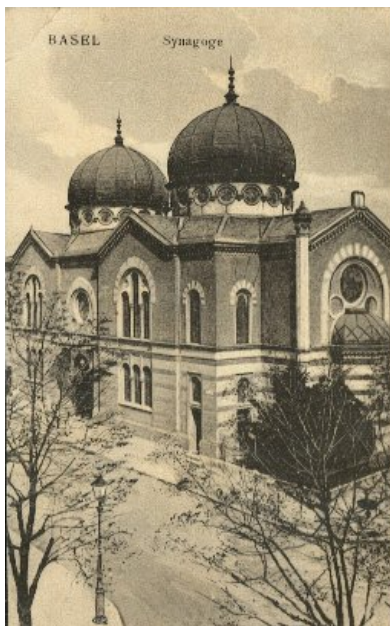
«Jüdisches Leben in Basel gestern und heute. Feiern, Ausstellungen und Publikationen rund um das Jubiläum 200 Jahre Israelitische Gemeinde Basel» (Jacques Picard, Basler Stadtbuch 2005, S. 245–251)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2005/2005_2944.html

«Jüdische Vielfalt in Basel. Ein kurzer Abriss der Geschichte der jüdischen Gemeinden in Basel» (Noëmi Sibold, Basler Stadtbuch 2012, S. 70–74)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2012/2012_3219.html

«Zwei Jubiläen des jüdischen Lebens: 150 Jahre Gleichstellung der Juden im Schweizer Bundesgesetz, 50 Jahre Jüdisches Museum der Schweiz» (Peter Bollag, Basler Stadtbuch 2016, Dossier, 15 Seiten)
<http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2016/zwei-jubil-en-des-j-dischen-lebens.html>



Synagoge an der Leimenstrasse, vor dem Umbau der Jahre 1890–1892 (Bild: www.alemannia-judaica.de)



Umgebaute Synagoge, um 1905
(Bild: www.alemannia-judaica.de)



Synagoge an der Leimenstrasse, 2015
(Bild: Basler Bildungsserver)



Gemeindeanlass der IGB 1975 – bei 1'800 Mitgliedern (Foto: Archiv Simon Erlanger)



Hochzeit in der Synagoge, 2015. Das junge Paar lebt in Zürich. (Foto: Simon Erlanger)



Mobile Poller sichern 2018 die Synagoge. Mittlerweile sind sie durch Betonelemente ersetzt worden.
(Foto: Simon Erlanger)



Solidaritätskundgebung der Reformierten Kirche Basel-Stadt während der Debatte um die Sicherheit der IGB, 2018
(Foto: Simon Erlanger)

Juden haben neue Argumente für eigenes Sicherheitspersonal

Der Kanton soll die Glaubensgemeinschaft gegen Anschläge beschützen. Diese beruft sich im Vorfeld der Grossratsdebatte auf ein Rechtsgutachten.

VON LEIF SIMONSEN

Die Gefährdung der Juden hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Auch die Bundesbehörden sind zum Schluss gekommen, dass dschihadistisch motivierte Anschläge in der Schweiz gut möglich sind. Die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) drängt daher auf staatliche Unterstützung. Sie selbst ist nicht mehr in der Lage, für die Sicherheit zu garantieren. Im vergangenen Jahr schrieb die Gemeinde einen Verlust von einer Million Franken. Allein für die laufenden Sicherheitskosten gibt die IGB 460 000 Franken an. Zudem sind Investitionen in die infrastrukturelle Sicherheit von insgesamt 500 000 Franken geplant.

Die Basler LDP-Grossrätin Patricia von Falkenstein forderte vergangenes Jahr in einem Budgetpostulat, 800 000 Franken für die Sicherheit der Basler Juden einzustellen. Es sei verfassungsmässige Pflicht des Staates, Übergriffe auf das Leben aller Personen zu verhindern. Nächsten Mittwoch wird das Postulat im Grossen Rat behandelt. Justizdirektor Baschi Dürr (FDP) ist nicht gewillt, der Forderung nachzukommen. Eine staatliche Übernahme privater Sicherheitskosten wäre «präzedenzlos», heisst es in der schriftlichen Begründung der Regierung. Sie stellte ein «Präjudiz für weitere religiöse oder andere Gemeinschaften dar, die einen überdurchschnittlichen Schutz benötigen beziehungsweise hohe Sicherheitskosten aufweisen.»

Angst vor Paradigmenwechsel
Stattdessen will die Basler Regierung einen einmaligen Investitionsbeitrag von einer halben Million Franken sprechen. Der Kanton will aber lediglich in infrastrukturelle Verbesserungen investieren. Für das Sicherheitspersonal will er nicht aufkommen. Es würde ein «Paradigmenwechsel» sein, wenn der Staat durch die «Ablösung privater Sicherheitsleute durch Mitarbeiter der Kantonspolizei» personelle Mittel zur



Besonders gefährdet: die Basler Synagoge.

ARCHIV/KENNETH NARS

Verfügung stellen würde. Damit will sich von Falkenstein nicht zufriedengeben. Sie wird sich in der Parlamentsdebatte dafür einsetzen, dass der Kanton nicht nur eine verbesserte Infrastruktur garantiert, sondern auch Geld für Sicherheitspersonal spricht.

Von Falkenstein beruft sich unter anderem auf ein Gutachten, das die IGB bei der Universität Basel in Auftrag gegeben hat. Dieses sollte der Frage nachgehen, inwiefern der Staat für die

Sicherheit der Juden zuständig ist und, darauf aufbauend: welche Massnahmen er selber finanzieren und wofür die Glaubensgemeinschaft aufkommen muss.

Die Pflichten des Kantons

Von den Studienautoren um Rechtsprofessor Felix Hafner wollte im Hinblick auf die Grossratsdebatte niemand die Erkenntnisse des Gutachtens, das nicht nur der «Schweiz am

Wochenende», sondern auch Baschi Dürr vorliegt, kommentieren. Klar ist aber, dass der 139-Seiten-Bericht der Israelitischen Gemeinde in die Karten spielen wird. Im Gutachten resümieren die Studienautoren, dass der Kanton «auf die spezifische Gefährdung abgestimmte Massnahmen zum Schutz der jüdischen Bevölkerung» selber vornehmen müsse. Dazu gehöre eben

«Die Studie zeigt auf, dass die jüdischen Gemeinden das Recht haben, dass die finanziellen Lasten in geeigneter Form gemindert werden sollten.»

GUY RUEFF
ISRAELITISCHE GEMEINDE BASEL

auch, dass das Sicherheitsdispositiv von Basel-Stadt übernommen würde - so nötig. Ergo: Entweder zahlt er die Kosten für die privaten Organisationen oder er stellt eigene Polizisten zur Verfügung. Für Guy Rueff, den Präsidenten der IGB, ist klar: «Die Studie zeigt auf, dass die jüdischen Gemeinden in der Schweiz das Recht haben, dass die finanziellen Lasten, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind, in geeigneter Form gemindert werden sollten.» Die Studie der Uni Basel bestätige den Anspruch und sollte bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

«Klarer Auftrag»

Patricia von Falkenstein ist zuversichtlich, mit einem Rucksack an Argumenten in die parlamentarische Debatte zu steigen. Schliesslich kann sie sich nicht nur auf das bisher unpublizierte Rechtsgutachten stützen, sondern auch auf den im Oktober veröffentlichten Bericht über die Massnahmen des Bundes gegen Antisemitismus in der Schweiz. Dieser ist zum Schluss gekommen, dass der Staat eine Schutzpflicht gegenüber den einzelnen gefährdeten Menschen habe - selbst wenn diese mit «erhöhtem finanziellen Aufwand» verbunden sei. Von Falkenstein jedenfalls sieht darin einen «klipp und klaren» Auftrag an die Basler Justizdirektion. Dies ganz unabhängig davon, ob Mehrkosten auf den Kanton zukommen und ob auch andere gefährdete Gemeinschaften von diesem Präjudiz profitieren werden.

Juden können sich nicht mehr selber schützen

Israelitische Gemeinde Basel hofft, dass der Kanton die Kosten für Zutrittskontrollen übernimmt

Von Mischa Hauswirth

Basel. Die Sicherheitsfrage rund um jüdische Einrichtungen in Basel soll neu aufgerollt werden. Guy Rueff, Präsident der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB), sagt zur *BaZ*, es müsse nun schnell reagiert werden. «Wir brauchen einen Lösungsansatz in den nächsten vier Wochen.» Erst kürzlich hat die IGB bekannt gegeben, dass sie aufgrund der Sicherheitskosten tiefer Zahlen schreibe und nicht mehr in der Lage sei, alle Sicherheitsmassnahmen selber zu bezahlen. Bei Einnahmen von rund 2,5 Millionen Franken ist das Loch 600 000 Franken tief. «Die laufenden Kosten für die Privatbewachung können wir nicht mehr bezahlen», sagt Rueff.

Die IGB macht für die gestiegenen Kosten die veränderte Bedrohungslage in Europa verantwortlich. Nach der Welle von unverhohlenem Antisemitismus und die durch islamistische Täter verübten Anschläge in Frankreich und anderen Ländern Europas seien jüdische Institutionen und Menschen jüdischen Glaubens vermehrt gefährdet. Dies gehe aus den Lageberichten der Geheim- und Nachrichtendienste hervor.

Angst vor Präjudiz

Zurzeit laufen Gespräche zwischen der IGB und dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) unter der Leitung von Regierungsrat Baschi Dürr (FDP). Dürr bestätigt die Gespräche und sagt zu deren Inhalt: «Es geht um die Details des Ausgabenberichts und weitere Fragen der Sicherheit jüdischer Institutionen, etwa inwiefern die Polizei ihr heute schon grosses Dispositiv allenfalls nochmals punktuell ausbauen kann», sagt Dürr. Mehr Informationen gebe es nicht, bis die Gespräche abgeschlossen sind.

Bei den ungedeckten Kosten jedoch, die zur Diskussion stehen, geht es um Zutrittskontrollen zu den Gebäuden der jüdischen Gemeinde an der Leimenstrasse, wo sich Kindergärten, Schulen, Verwaltung und die Synagoge befinden. Vor Jahren noch hatte dort jeder,



Zu teuer. Die Sicherheit der Synagoge und anderer Gebäude kostet die Israelitische Gemeinde Basel zu viel.

der hineinwollte, mehr oder weniger unkontrolliert passieren können, heute gibt es Sicherheitschecks und Zutrittskontrollen.

In jüngerer Vergangenheit hat das Basler Parlament bereits zwei Vorstösse verworfen, welche die Sicherheitsmassnahmen von jüdischen Gebäuden mit zusätzlichem Geld unterstützen wollten. Die Regierung lehnte die Verpflichtungen ab, da es mit Ausnahme einzel-

ner Verbalattacken zu keiner konkreten Bedrohung gekommen sei. Zudem befürchtete sie, damit ein Präjudiz zu schaffen; will heissen, es könnte auch eine Moschee oder eine andere Gruppierung finanzielle Unterstützung für ihre Sicherheitsaufwendungen fordern. Das Argument zog bei Politikern, vor allem bei der Linken.

Am Dienstag trat alt Regierungsrat Ralph Lewin (SP) das erste Mal seit sei-

nem Rücktritt vor neun Jahren vor die Kamera und gab *Telebasel* ein Interview zum Thema. Lewin, selber Mitglied der IGB, zeigte wenig Verständnis dafür, dass die Politik – darunter auch seine eigene Partei – den Antrag für mehr finanzielle Unterstützung abgelehnt hat. «Es ist anerkannt, dass für jüdische Institutionen in Europa eine erhöhte Gefahr besteht», sagte Lewin. «Ich war enttäuscht, dass man so stark mit dem

Präjudiz argumentiert hat.» Für Lewin ist der höhere Geldbedarf eine Reaktion auf die islamistischen Attentate. «Ich glaube nicht, dass dadurch ein Präjudiz abgeleitet werden kann», sagt Lewin.

Bei der Kantonspolizei heisst es, dass sämtliche jüdischen Örtlichkeiten inventarisiert und mit Einsatzdispositiven versehen wurden. Zudem wurde der IGB Sicherheitsberatung in Aussicht gestellt sowie ein Beitrag von 75 Prozent der anstehenden Investitionsausgaben in bauliche Sicherheitsmassnahmen, bis maximal 500 000 Franken. «Die Kantonspolizei unternimmt bereits heute zahlreiche besondere Anstrengungen, um den Schutz jüdischer Organisationen zu gewährleisten», sagt Martin Roth, Kommandant der Kantonspolizei Basel-Stadt.

Unterstützung reicht nicht aus

Die IGB attestiert der Polizei durchaus eine grosse Bereitschaft. «Bereits jetzt hilft die Polizei immer bei Grossanlässen und den hohen Feiertagen und trägt auch mit unregelmässigen Kontrollen sehr dazu bei, das Gefühl der Sicherheit zu verstärken», sagt Rueff.

Der IGB geht das Engagement des Kantons jedoch zu wenig weit. «Dass der Kanton uns 500 000 Franken an zusätzliche Infrastrukturmassnahmen bezahlen will, löst das Problem leider nur teilweise», sagt Rueff. Die Gemeinde müsse den täglichen Schutz mit ausgebildetem Schutzpersonal organisieren, und dieser Schutz sei durch diesen Betrag leider nicht abgedeckt. Rueff unterstreicht zudem, die Gemeinde trage die Kosten mit und trete nicht einfach nur als Bittsteller auf.

Lewin präziserte, dass natürlich auch die IGB gefordert sei und bei anderen Positionen sparen müsse. «Es ist noch nie vorgekommen, dass die Israelitische Gemeinde das vom Vorstand präsentierte Budget zurückgewiesen hat, wie dies an der Sitzung Ende Januar geschehen ist», so Lewin. «Dass man allerdings 600 000 Franken der Kosten reduzieren kann, das ist sehr anspruchsvoll. Denn bei der Sicherheit ist es sehr schwierig, halbe Sachen zu machen.»

Wieder auf gepackten Koffern

Wegen des zunehmenden Antisemitismus fürchten junge jüdische Autoren um ihre Zukunft in Deutschland

Von Simon Erlanger

Berlin. Es ist gar nicht so lange her, da hiess es noch vonseiten deutsch-jüdischer Verbände, Institutionen und Gemeinden, dass man endlich in Deutschland angekommen sei. Zum ersten Mal seit 1945 sitze man im Land der Täter nicht mehr «auf gepackten Koffern». Seit Mitte der Neunzigerjahre wurde gar von einer von Deutschland ausgehenden, allgemeinen kulturellen Renaissance des gesamten europäischen Judentums gesprochen. Nach Israel und den USA sollte auf dem alten Kontinent die dritte Säule des Judentums im 21. Jahrhundert entstehen. In Deutschland sollte die durch die Nazis vernichtete jüdische Gemeinschaft wieder neu erstrahlen und so die viel beschworene deutsch-jüdische Symbiose der späten Kaiserzeit und der Weimarer Republik wieder auferstehen.

Auslöser der Euphorie war die Einwanderung von fast 200 000 Jüdinnen und Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ab 1989. Die Mitgliederzahl der im Dachverband «Zentralrat der Juden in Deutschland» organisierten Gemeinden stieg in den Jahren nach der Jahrtausendwende auf rund 120 000.

Die vermeintliche Renaissance

Es sind Hoffnungen aus einer anderen Zeit. Mittlerweile ist die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland wieder unter 100 000 gefallen. Die Zahl sinkt weiter. Der rasant steigende Antisemitismus, die zunehmende politische Instabilität, der Aufstieg einer neuen deutschnationalen Rechten sowie die gewaltsame Bedrohung vonseiten linker, rechter und islamistischer Extremisten sorgen für trübe Stimmung. Diese kommt auch in den Neuerscheinungen der letzten Monate klar zum Ausdruck. So äussern sich im deutschen Herbst 2018 gleich mehrere junge jüdische Autoren sehr skeptisch zur Befindlichkeit und zur Zukunft der Juden in Deutschland. Allen Autoren ist gemeinsam: Sie gehören der Generation der wieder in Deutschland geborenen und in den Achtziger- und Neunzigerjahren dort aufgewachsenen und sozialisierten Jüdinnen und Juden an. Eigentlich hätten gerade sie die Träger der ehemals viel beschworenen jüdischen Renaissance in Deutschland sein sollen. Alle Hoffnungen ruhten auf ihnen.

Doch es kam anders: So etwa für Juna Grossmann, die mittlerweile tatsächlich wieder zunehmend auf «gepackten Koffern» lebt, wie sie in ihrem eindringlichen Erfahrungsbericht «Schonzeit vorbei» erzählt. Darin beschreibt sie ihr Leben mit dem heute täglich üblichen Antisemitismus. Öffentlich jüdisch zu sein, sei nicht mehr möglich, so das traurige Fazit der 1976 in Ostberlin geborenen Autorin, die mit



Die dritte Säule des Judentums bröckelt gewaltig. Juden demonstrieren im Frühling 2018 in Köln gegen Antisemitismus. Foto Keystone

irgendwiejuedisch.com einen Blog betreibt und in einer NS-Gedenkstätte arbeitet. Seit Jahren beobachtet Grossmann, wie offene Judenfeindschaft zunimmt, lauter und bedrohlicher wird. Auch als Bloggerin sei sie brutal angefeindet worden, wie sie in einem Interview in der *Zeit* betont: «Jemand schrieb: «Wir werden dich finden. Dann wirst du merken und wirst dir Hitler zurückwünschen.» Das habe ich zur Anzeige gebracht, aber die Polizei konnte den Autor nicht ermitteln. Richtig frei von Angst werde ich seither nicht mehr.» Weil sie sich mit diesen Zuständen nicht abfinden will, wendet sie sich nun mit einem Buch an die Öffentlichkeit.

Vier Angriffe pro Tag

Schon von Berufs wegen steht der Stand-up-Comedian Oliver Polak dauernd in der Öffentlichkeit. Anlass seiner Schrift «Gegen Judenhass» seien die durchschnittlich vier Angriffe, die es in Deutschland 2017 pro Tag auf Jüdinnen und Juden gegeben habe. «Ich merke, dass ich mich hier schon seit längerer Zeit grundsätzlich nicht mehr wohlfühle», sagte Polak dem Magazin *Stern*. «Jahrelang wurde einem suggeriert, dass man sich keine Sorgen machen muss. Aber vieles ist ins Wanken geraten. Die AfD sitzt mittlerweile im Bundestag, und sie bekommt immer mehr Zustimmung. In Deutschland werden wieder öffentlich Neonazi-

Konzerte abgehalten. Leute marschieren wieder durch Strassen und zeigen offen den Hitlergruss. Scheiben von jüdischen Restaurants werden eingeworfen, und jüdische Restaurantbesitzer werden in Berlin wieder bedroht. Jüdische Schüler werden über Schulhöfe gejagt. Flüchtlingsheime werden angezündet. Das bringt einen zum Nachdenken», so Polak. Kinder würde er in Deutschland nicht mehr grossziehen wollen, so sein Fazit im wechselhaften Herbst 2018.

«Gehören Juden heute zu Deutschland?», fragt sich auch Arye Sharuz Shalicar in seiner Analyse unter dem Titel «Der neu-deutsche Antisemit». Der aus Iran stammende und in Berlin aufgewachsene ehemalige Mediensprecher der israelischen Armee schildert seine Kindheit und Jugend unter muslimischen Migranten in Berlin-Spandau und Wedding. Dort begann für ihn ein Leben in der Hölle. In seinem Buch beschreibt Sharuz Shalicar, wie sich islamistisch getriebener Judenhass in den Stadtvierteln ausgebreitet hat. Trotz Gangs und Banden und unter dauernden Anfeindungen konnte sich Shalicar behaupten und ging als junger Erwachsener nach Israel.

Als Armeesprecher begegnete er dort beruflich deutschen Journalisten und deutschen Politikern aller Couleur Vertretern einer anderen Bevölkerungsschicht. Das Fazit seines Erfahrungs-

berichts: Antisemitismus ist in Deutschland überall, dauernd präsent und tief verwurzelt. Dabei komme der Judenhass aus allen Ecken der Gesellschaft: als «muslimischer Judenhass», als dauernde Israelkritik in den «deutschen Leitmedien», als «intellektueller linksradikaler Israelhass», als «rechtsradikaler Antisemitismus» und – geradezu klassisch – auch als «christlicher Antisemitismus». Deutschland sei auf dem besten Wege, «für Juden in vielen Gegenden schlicht und einfach unbewohnbar zu werden», so sein Fazit.

«Deutsches Gedächtnistheater»

Und schliesslich sinnierte in diesem unruhigen Jahr 2018 der junge Lyriker Max Czollek in seinem furiosen Essay «Desintegriert euch!» über die Rolle der Juden im – wie er sagt – «deutschen Gedächtnistheater». Juden würden dauernd instrumentalisiert. Die Wahrnehmung von Juden im heutigen Deutschland seit stereotyp und habe wenig zu tun mit den real existierenden Juden und ihren vielfältigen Lebenswelten: «Bei Juden und Jüdinnen denkt man hierzulande eben an langbärtige Schtetl-Bewohner und perücke-tragende jiddische Mamen, an neurotische Salonbetreiberinnen, intellektuelle Haskala-Mendelssohns oder den netten Enkel Überlebender.» Damit werde eine ganze Menge jüdischer Erfahrungen komplett ausgeschlossen.

«Die jüdische Gemeinschaft ist vielfältiger, als es die öffentliche Brauchbarkeit von Juden zulässt», so Czollek in seiner Kritik. Auch er ist pessimistisch, was die Zukunft der Juden in Deutschland angeht. Diese sei ungewiss.

Allen den erwähnten deutsch-jüdischen Autoren gemeinsam ist diese Ungewissheit, ob sie in Deutschland überhaupt noch eine Zukunft haben. In unterschiedlicher Ausprägung ist allen der Appell an die Mehrheitsgesellschaft gemeinsam, dass diese doch endlich etwas unternehmen möge gegen den altneuen Judenhass. Ob dieser kollektive Aufschrei etwas bewegen wird, darf angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre und im Lichte der aktuellen EU-Studie über Antisemitismus (siehe unten) in Europa bezweifelt werden.

Juna Grossmann: «Schonzeit vorbei. Über das Leben mit dem täglichen Antisemitismus», Droemer-Verlag 2018, 160 S.

Oliver Polak: «Gegen Judenhass. Ein alarmierender Appell gegen Menschenhass und den erstarkenden Antisemitismus in Deutschland», Suhrkamp-Verlag 2018, 127 S.

Arye Sharuz Shalicar: «Der neu-deutsche Antisemit. Gehören Juden heute zu Deutschland? Eine persönliche Analyse», Hentrich & Hentrich-Verlag 2018, 164 S.

Max Czollek: «Desintegriert euch!», Carl-Hanser-Verlag 2018, 208 S.

Europa bald ohne Juden?

Laut einer EU-Studie über Antisemitismus denken 38 Prozent der Juden Europas an Auswanderung

Von Simon Erlanger

Brüssel. Mit 16 395 befragten Jüdinnen und Juden ist die Umfrage, welche die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) im Auftrag der EU-Kommission 2018 durchgeführt hat, die bisher grösste ihrer Art. Sie umfasst die zwölf Länder der Europäischen Union, in denen 96 Prozent der mittlerweile nur noch knapp 1,4 Millionen europäischen Juden leben. Die Resultate der im Dezember publizierten Umfrage sind verheerend: Rund 85 Prozent der Befragten halten Rassismus und Antisemitismus für das grösste Problem Europas. 89 Prozent geben an, dass der Antisemitismus seit der letzten EU-Umfrage im Jahre 2013 massiv zugenommen habe. 28 Prozent der Jüdinnen und Juden Europas haben im vergangenen Jahr antijüdische Äusserungen und Übergriffe erlebt. In Deutschland sind es sogar 41 Prozent. Drei Prozent wurden Opfer physischer Gewalt. 38 Prozent aller europäischen Juden denken an Auswanderung.

Es sind vor allem französische, deutsche und britische Juden, die sich dieser Tage die Emigration überlegen. In Frankreich haben wegen gewaltsamer Übergriffe, Terroranschlägen und des vehementen Alltags-Antisemitismus von rechts, links und vor allem auch von islamistischer Seite seit mittlerweile zehn Jahren 150 000 der knapp 600 000 Jüdinnen und Juden das Land verlassen – zumeist in Richtung Israel.

Israel bereitet sich vor

In letzter Zeit hat diese Bewegung zwar etwas nachgelassen, doch wird für die nahe Zukunft wieder eine Zunahme erwartet. So überlegen sich gemäss der EU-Umfrage 44 Prozent der verbleibenden französischen Jüdinnen und Juden, dass sie auswandern wollen.

Entsprechend erklärte in Israel der bis Ende 2018 für Einwanderung und Absorption zuständige Minister Naftali Bennett kürzlich, dass sein Ministerium sich auf die Einwanderung von zusätzlichen 200 000 französischen Jüdinnen und Juden in naher Zukunft vorbereite.

Trotz der Ernennung eines neuen Einwanderungsministers und trotz Wahlkampfs in Israel mit einem möglichen Regierungswechsel gehen diese Vorbereitungen weiter.

Die Lage scheint zu eskalieren

In Deutschland sind es mittlerweile 44 Prozent der Jüdinnen und Juden, die über Auswanderung nachdenken. Sprach man noch vor wenigen Jahren von einer Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland, steht nun die Zukunft der Jüdinnen und Juden im Land wieder zur Debatte. Die Lage scheint zu eskalieren: 75 Prozent der Juden in Deutschland verzichten auf das Tragen jüdischer Symbole in der Öffentlichkeit. 46 Prozent vermeiden es, gewisse Gegenden und Quartiere zu betreten.

In Grossbritannien haben schon in einer früheren Umfrage im September rund 40 Prozent der rund 290 000 Jüdinnen und Juden erklärt, dass sie das Land verlassen würden, sollte die sozialdemokratische Labour-Partei unter Jeremy

Corbyn an die Macht kommen. Dieser gilt nach diversen grösseren Antisemitismus-Skandalen in seiner Partei als jüdenfeindlich. Die englische jüdische Gemeinschaft hat ihre Wurzeln in der Tudor-Zeit. Seit der offiziellen Zulassung unter Oliver Cromwell im Jahre 1656 existiert sie kontinuierlich und gehört zu den traditionsreichsten, am besten integrierten und akkulturiertesten jüdischen Gemeinden weltweit. Ihre Abwanderung wäre ein schwerer Schlag für die Zukunft der Juden in Europa.

Schweiz: Keine aktuellen Daten

Über die Ursachen der wiederaufgeflamten Judenfeindschaft in Europa gehen die Meinungen auseinander. Sicher ist, dass die europäische Dauerkrise, die wirtschaftliche Unsicherheit und die zunehmend schärfer geführten Diskurse über Identität und Migration dazu beitragen. Soziale Medien sorgen zusätzlich dafür, dass der moderne Judenhass nicht auf marginale Milieus beschränkt bleibt, sondern sich bis in die

Mitte der Gesellschaft verbreitet – und das rasant. Antisemitismus geht heute von allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Richtungen aus, von alteingesessenen Bürgern ebenso wie von Migranten. Motive des traditionellen christlichen Antijudaismus vermischen sich mit rassistisch und politisch motiviertem Antisemitismus und islamischer Judenfeindschaft zu einem brandgefährlichen Almgam, dem die europäischen Gesellschaften letztlich hilflos gegenüberstehen, wie auch die Debatte rund um die Sicherheit der Juden in Basel und in der restlichen Schweiz gezeigt hat.

In der Schweiz wurden übrigens keine Daten erhoben. Die letzte wissenschaftlich seriöse und flächendeckende Studie zum hiesigen Antisemitismus datiert auf das Jahr 2007. Eine Aktualisierung scheint dringend nötig.

Die EU-Studie über Antisemitismus in Europa ist unter dem folgenden Link nachzulesen:

www.antisemitismus.baz.ch

«Das Judentum ist ein integraler Teil Europas»

Interview Morgen findet der Europäische Tag der jüdischen Kultur statt. Basels Geschichte ist eng mit dieser Kultur verbunden – mit düsteren, aber auch hoffnungsvollen Kapiteln. Ein Gespräch mit Erik Petry, Leiter des Zentrums für jüdische Studien.

Clara Vuille-dit-Bille

Am Sonntag findet die 20. Ausgabe des Europäischen Tages der jüdischen Kultur statt. Was ist für Sie zentral an diesem Anlass?

Zum einen ist es ein grosser Erfolg, dass er bereits zum 20. Mal stattfindet. Zum anderen ist es die Bandbreite an Angeboten und die Tatsache, dass ungefähr 30 Länder zeigen, dass jüdische Kultur nicht nur neben der europäischen Kultur stattfindet, sondern ein Teil davon ist.

Der Anlass wird grossteils von nichtjüdischen Personen besucht. Wie schätzen Sie das Interesse der Basler Bevölkerung an der jüdischen Kultur ein?

Basel ist ja an sich eine Kulturstadt. Von daher ist ein Interesse vorhanden. Dass hier aber gerade auch die jüdische Kultur und Geschichte mit so grossem Interesse angenommen wird, ist auch ein Grund dafür, dass das Zentrum für Jüdische Studien hier seinen Standort hat. Das Interesse ist möglicherweise historisch bedingt.

Wie meinen Sie das?

Basel hat eine lange jüdische Geschichte. Wahrscheinlich wohnen seit dem Beginn des 13. Jahrhunderts Juden in Basel. Sie erleben eine Blüte und einen zweifachen brutalen Niedergang. Im Zuge der Pestunruhen wird die erste jüdische Gemeinde 1349 auf einer Insel im Rhein verbrannt. Die sich später wieder ansiedelnde sogenannte zweite jüdische Gemeinde verlässt 1397 die Stadt wegen der Angst vor einer erneuten Verfolgung. Danach war Juden das Wohnen in Basel 400 Jahre verboten.

Also ein eher düsterer geschichtlicher Hintergrund?

Teils ja, aber in der Frühen Neuzeit war Basel auch ein Zentrum des hebräischen Buchdrucks, zu Beginn des 19. Jahrhunderts wird Juden das Wohnen in Basel wieder erlaubt, und 1897 findet hier der Erste Zionistenkongress statt. Viele verschiedene Personen haben ihre jüdische Kultur und das Interesse daran nach Basel getragen. Ich bin im Allgemeinen hoch begeistert, dass diese Kultur auch so angenommen wird, und Anlässe wie der Europäische Tag der jüdischen Kultur sind zusätzliche Möglichkeiten, sich zu öffnen und zu zeigen, was es damit auf sich hat.

Experte und Beobachter

Erik Petry ist Professor an der Universität Basel. Seit 1998 ist er am Zentrum für Jüdische Studien, zuerst als wissenschaftlicher Assistent, seit 2009 als wissenschaftlicher Mitarbeiter. An der Universität Basel hält er regelmässige Vorlesungen und Seminare zur jüdischen Geschichte und Kultur. Neben seiner Lehrtätigkeit ist Petry ausserdem in verschiedenen wissenschaftsbasierten Bereichen tätig, darunter beim Projekt Schweizer Jugend forscht und bis 2010 bei «Likrat» – ein Dialogprojekt des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. (vdb)



Begeistert über das Interesse: Erik Petry, Professor an der Universität Basel. Foto: Florian Bärtschiger

Also ist die jüdische Gemeinde in Basel gut integriert?

Ja. Das heisst nicht, dass es keine Schwierigkeiten gibt – gerade auch im Bereich der Sicherheit. Aber die Juden sind schon seit sehr langer Zeit ein wichtiger Teil dieser Stadtgesellschaft, trotz allen Schwierigkeiten, die man ihnen immer wieder gemacht hat. Damit meine ich den Antisemitismus, den Zweiten Weltkrieg und die Flüchtlingsgeschichte, die auch Basel betrifft. Und heute natürlich die Auseinandersetzung zum Thema der Sicherheit: Wie schützt der Staat seine Bürger? Und was, wenn diese Bürger jüdisch sind – handelt es sich dabei um einen Spezialfall? Diese Diskussionen drehen sich auch stark um unsere ganze Gesellschaft und darum, dass man leicht dazu neigt, die Juden als Minderheit – verstanden als «ausserhalb der Gesellschaft stehend» – zu bezeichnen.

Sind sie keine Minderheit?

Rein zahlenmässig betrachtet schon. Allerdings ist die jüdische Gemeinde so gut integriert, dass man sonst nicht wirklich von

einer Minderheit sprechen kann. Blickt man zurück, dann war die Gemeinde früher noch nicht so gut integriert: Die Synagoge wurde beispielsweise ausserhalb der eigentlichen Stadt errichtet, was man heute kaum mehr realisiert. Auch Ausschreitungen, verbal und physisch, gegenüber der jüdischen Bevölkerung muss man beachten und fragen, wie so solche Dinge geschehen. Wichtig ist vor allem, dass man solche Vorkommnisse öffentlich macht.

Geschieht dies Ihrer Meinung nach noch nicht genug?

Doch, ich finde, in Basel wird das bereits sehr gut gemacht. Die Medien berichten über diese Probleme, und auch die Debatte, die in Europa zum Judentum stattfindet, wird hier geführt. In Basel ist eine gute Diskussionskultur vorhanden.

Inwiefern?

Man verfügt über eine gewisse Offenheit. Basel war besonders durch die Grenzsituation bereits mit wichtigen Aspekten der Flüchtlingsgeschichte von Juden

konfrontiert. Hier standen Flüchtlinge direkt in der Stadt, waren nicht weit weg. Diese Debatte wird in Basel – insbesondere auch in der Wissenschaft – intensiv geführt.

Sind solche Debatten auch für die jüngeren Generationen zugänglich und stossen dort auf Interesse?

Auf jeden Fall ist das Interesse an Veranstaltungen zur jüdischen Kultur und Geschichte an der Universität vorhanden: Solche Veranstaltungen sind immer gut besucht. Auch in den Schulen gibt es Projekte, beispielsweise Begegnungsprojekte, bei denen junge Leute aus verschiedenen Religionen zusammen treffen und miteinander diskutieren. Das Ziel dabei sollte immer sein, ein gegenseitiges Verständnis zu wecken. Die Lage in der Schweiz und spezifisch in Basel würde ich zwar nicht als Paradies auf Erden bezeichnen, aber es hat zumindest viele Institutionen, die sich um diese Art der Vermittlung kümmern. Die Bedrohungslage und die Debatten sind in anderen Ländern sehr

viel schärfer. Vielleicht sind wir in der Schweiz in der Lage, es nicht so weit kommen zu lassen, indem wir solche Projekte unterstützen und fördern.

Braucht es denn noch Aufklärung der jüdischen Kultur?

Was an Veranstaltungen wie dem Europäischen Tag der jüdischen Kultur auf jeden Fall vermittelt werden sollte, ist, dass das Judentum kein monolithischer Block ist. Es sollte sich beispielsweise zeigen, dass es sich dabei um eine unglaubliche Bandbreite handelt, die von strenggläubigen Leuten bis hin zu Personen reicht, die sich als jüdisch-säkular bezeichnen würden. Wichtig ist auch, dass offene Fragen zum Judentum geklärt werden. Nur so erreicht man mehr Verständnis. Ins Gespräch kommen und erläutern, das finde ich, sind zentrale Aspekte solcher Anlässe.

«Eine zentrale Frage ist immer wieder, ob das Judentum denn nun eine Religion ist oder ein Volk. Darüber kann man Stunden diskutieren.»

Auf welche Fragen treffen Sie häufig in Ihrer Arbeit?

Eine zentrale Frage ist immer wieder, ob das Judentum denn nun eine Religion ist oder ein Volk. Darüber kann man bereits Stunden diskutieren. Oftmals trifft man aber auch auf ein grosses Unwissen, auch was historische Aspekte betrifft. So hat praktisch jeder eine Meinung zum Nahostkonflikt, oft gepaart mit grosser Unkenntnis über die Historie. Die Bedeutung des Landes Israel für das Judentum ist dabei eine zentrale Frage, die man diskutieren sollte. Auch die hohen Feiertage, die jetzt auf uns zukommen, sind Anlässe, zu denen man noch mehr Wissen vermitteln sollte. Das ist auch ein Teil der universitären Arbeit.

Kommt es aufgrund dieser Unwissenheit auch zu Vorurteilen?

Ja, und auch die Medien tun ihren Teil dazu. Wenn man beispielsweise über amerikanisches Judentum berichtet, dann sieht man typischerweise orthodoxe Leute mit Pejes (Schläfenlocken) und nicht unbedingt den Hippie aus Kalifornien, der auch jüdisch ist. Dabei handelt es sich bei den Ersteren nur um einen kleinen Prozentsatz. Dort mehr Aufklärung zu betreiben, wäre sicher wichtig.

Inwiefern spielt die Kultur dabei eine Rolle?

Zentral ist die Erkenntnis, dass die jüdische Kultur nicht einfach so mit der europäischen Kultur verwoben ist – sie ist nicht einfach etwas, was noch zur europäischen Kultur hinzukommt. Vielmehr ist das Judentum ein

integraler Teil der europäischen Kultur. Es ist zusammen mit anderen Einflüssen wie dem Christentum das, was die europäische Kultur ausmacht. Jüdisches ist Teil Europas. Nur weil das Christentum im Nahen Osten entstanden ist, würde man ja auch nicht sagen, dass es eigentlich gar nicht Teil Europas sei.

Gibt es konkrete Beispiele von Aspekten jüdischer Kultur, die Teil unseres Alltags sind?

Solche Aspekte findet man viele, da beispielsweise die Entwicklung der christlichen Religion, so wie wir sie heute kennen, immer in einer Auseinandersetzung mit dem Judentum stattfand. Auch in der Sprache findet man das Judentum wieder: Viele feste Redewendungen wie «Hals und Beinbruch» oder «Tacheles reden» haben einen jüdischen Ursprung. Zudem gibt es Untersuchungen, die belegen, dass Teile unseres mittelalterlichen Rechtssystems aus dem Talmud schlicht abgeschrieben wurden. Oft geht es im Alltag aber auch darum, dass man sich mit der Ablehnung gegenüber jüdischen Leuten auseinandersetzt.

Muss in diesem Bereich noch verstärkt eine Diskussion stattfinden?

Man ist sicher schon weit gekommen. Aber es geht hier auch darum, von einer Mehrheitsperspektive wegzukommen, um sich in die Situation hineinversetzen zu können. Auch das Thema der Sicherheit spielt hier erneut eine wichtige Rolle.

Und muss die jüdische Kultur aktiv erhalten bleiben? Gehen sonst Teile davon verloren?

Es hat natürlich früher mehr jüdische Gemeinden gegeben, und man muss zusehen, dass materielle Kulturen wie Synagogen und jüdische Friedhöfe erhalten bleiben. Aber auch Formen von Traditionen sollen weitergegeben werden können. Diese Kulturtraditionen können sich natürlich immer verändern, und auf Altem kann Neues aufgebaut werden. Generell sehe ich das Judentum in seinem Kulturbestand in der Schweiz allerdings nicht als gefährdet.

Die 20. Ausgabe des Europäischen Tages der jüdischen Kultur findet am Sonntag statt. In der Schweiz finden Veranstaltungen in acht Städten statt, darunter Basel. Das Programm reicht über Führungen in der Basler Synagoge über Workshops, Konzerte, Info-Veranstaltungen bis zu einem Hummus-Tasting.
www.jewishheritage.org
www.juedisches-museum.ch



Terrorschutz für Minderheiten

Der Bundesrat spricht gefährdeten Gruppierungen finanzielle Unterstützung zu

LUKAS MÄDER, BERN

Die Gefahr ist da, bereits seit Jahren. Der jüngste Anschlag auf eine Synagoge im deutschen Halle am Mittwoch hat einzig einer breiten Öffentlichkeit ein weiteres Mal bewusst gemacht, was für die jüdischen Gemeinden in der Schweiz seit langem Alltag ist. Sie leben in dem Bewusstsein, jederzeit Ziel eines Angriffs werden zu können. Synagogen und andere jüdische Einrichtungen sind deshalb besonders geschützt – mit baulichen Massnahmen, Überwachungskameras, Eingangskontrollen, Sicherheitspersonal.

Die jüdische Gemeinschaft steht denn auch zusammen mit der muslimischen im Fokus der Unterstützung, welche der Bundesrat am Mittwoch beschlossen hat.

Der Staat muss die Juden besser schützen

Kommentar auf Seite 11

Künftig wird der Bund gefährdete Minderheiten finanziell unterstützen mit insgesamt bis zu 500 000 Franken jährlich. Das Geld kann für bauliche Massnahmen wie Zäune, Alarmanlagen oder Kameras eingesetzt werden. Zudem ist auch eine Beteiligung an den Kosten für die Ausbildung zum Beispiel zur Erkennung von Risiken sowie für Kampagnen zur Sensibilisierung einer breiteren Bevölkerung möglich. Der Bund übernimmt dabei maximal die Hälfte der anfallenden Kosten.

Kein Zusammenhang mit Halle

Der Beschluss des Bundesrats hat keinen Zusammenhang mit dem jüngsten Anschlag in Deutschland, sondern hat eine jahrelange Vorgeschichte. Auch ist die finanzielle Hilfe nicht für kurzfristige Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit vorgesehen, wie sie am Mittwoch in der Schweiz ergriffen wurden. Dieser unmittelbare Schutz ist Aufgabe der Gemeinden und Kantone. Die Unterstützung des Bundes bezieht sich



Aufgrund einer Verdachtsmeldung bewacht ein Polizist im Dezember 2015 eine jüdische Tagesschule in Zürich. NICK SOLAND / KEYSTONE

denn auch auf Schutzmassnahmen, die die Sicherheit langfristig stärken.

Die finanzielle Unterstützung, die der Bundesrat in einer Verordnung geregelt hat, kann nicht nur religiösen Minderheiten zugutekommen. Auch Fahrende oder Homosexuelle könnten zum Beispiel von den Beiträgen profitieren, wenn sie zur Zielscheibe von Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus werden könnten. Voraussetzung ist allerdings, dass die betroffene Gruppierung «eine gefestigte Bindung zur Schweiz und ihren Werten» hat, wie es in der Verordnung heisst. Zudem sind explizit Organisationen ausgeschlossen, die Gewalt direkt oder indirekt verherrlichen oder verharmlosen. Damit soll verhindert werden, dass zum Beispiel eine

radikalislamistische Gruppierung Hilfe vom Bund erhält.

Ab dem 1. November können die Minderheiten nun Gesuche einreichen, über die das Bundesamt für Polizei (Fedpol) entscheidet. Das Fedpol holt beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) dafür eine Beurteilung über das Schutzbedürfnis der Gruppierung ein und konsultiert die kantonalen und kommunalen Sicherheitsbehörden. Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) rechnet damit, dass in den nächsten Monaten jüdische Gemeinden und Institutionen in den Kantonen Basel-Stadt, Zürich, Aargau, Bern, Waadt und Genf konkrete Projekte einreichen werden.

Mit dem Entscheid des Bundesrats geht eine lange Diskussion zu Ende.

Im November 2016 hatte es der Bund noch abgelehnt, jüdische Organisationen bei den Sicherheitskosten zu unterstützen. Doch unter anderem aufgrund von Druck aus dem Parlament hat sich das Bundesamt für Justiz (BJ) des Themas angenommen. Zwar hat der Bund im Bereich Sicherheit nur begrenzte Kompetenzen, weil dafür in erster Linie die Kantone zuständig sind. Die findigen Juristen beim BJ haben jedoch mit dem Artikel 386 im Strafgesetzbuch, der dem Bund Kompetenzen im Bereich Prävention zugesteht, eine rechtliche Grundlage für die finanzielle Beteiligung gefunden.

Vor diesem Hintergrund hat der Entscheid des Bundesrats eine grosse Bedeutung: «Der Bund anerkennt damit, dass das Thema eine nationale Dimen-

sion hat», sagt Marc Schinzel vom BJ. Ohne dass damit die Zuständigkeit der Kantone im Bereich Sicherheit ausgehebelt werden soll. Diese werden sich möglicherweise künftig ebenfalls stärker an den Kosten beteiligen. «Wir hoffen, dass die Verordnung des Bundesrats ein Katalysator dafür sein wird.»

Dieser Hoffnung verleiht der Bund im Erläuternden Bericht zur Verordnung Nachdruck: Mit dem Bundesbeitrag über maximal 500 000 Franken jährlich «ist auch die Erwartung verbunden, dass die Kantone Leistungen in gleicher Höhe erbringen». Zwar hatten mehrere Kantone in der Vernehmlassung Kritik an diesem Satz geübt, doch der Bundesrat hat diese Formulierung nicht gestrichen.

Kantone sind gefordert

Dass sich die Kantone beteiligen sollen, entspricht auch der Haltung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Zwar ist man mit dem ersten Massnahmenpaket zufrieden. Doch zu einer massgeblichen Entlastung der jüdischen Gemeinschaft könne es erst kommen, wenn die Kantone aktiv würden. Denn die Sicherheitskosten sind enorm: Der Gemeindebund schätzt, dass die jüdischen Institutionen jährlich rund 7 Millionen Franken dafür aufwenden. Darum betont der SIG-Präsident Herbert Winter in seiner Stellungnahme: «Einmal mehr sind die Kantone nun gefordert, diese vom Bund definierten Massnahmen mitzutragen und eigene wirksame Lösungen umzusetzen.»

Bereits eine kantonale Unterstützung gibt es in Basel-Stadt. Dort erhält das Polizeikorps acht zusätzliche bewaffnete Sicherheitsassistenten, die für den Schutz jüdischer Einrichtungen eingesetzt werden. Das kantonale Parlament hat im vergangenen Dezember den jährlichen Kosten von 746 000 Franken zugestimmt. Auch bauliche Massnahmen sollen umgesetzt werden. Der Kanton Zürich hat angekündigt, sich an den Sicherheitskosten auf seinem Gebiet im gleichen Umfang zu beteiligen, wie dies der Bund tut. Allerdings sollen die Gemeinden die Hälfte davon übernehmen.

Basel-Stadt

Reicher Spender will, dass Basler Synagoge nach ihm benannt wird

Hoher Betrag Mit 1,5 Millionen Franken will ein anonymes Mäzen der Israelitischen Gemeinde finanziell unter die Arme greifen. Dafür verlangt er eine Gegenleistung: die Bezeichnung «Beth Joseph».

Mischa Hauswirth

Die Debatte war kontrovers. Die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) musste sich am Mittwochabend entscheiden: Wollen wir das Geld annehmen und auf die Forderung eintreten oder nicht? Provoziert hat die Frage ein anonymes Grossspender, dessen Identität nur dem IGB-Vorstand bekannt ist. Er will der IGB 1,5 Millionen Franken verteilt auf 15 Jahre zukommen lassen, wenn sie dafür ist, die Synagoge umzubenennen. Das 1866 erbaute und 1892 mit einer zweiten Kuppel versehene Gotteshaus soll neu «Beth Joseph», zu Deutsch «Haus des Joseph», heissen. Bisher war der Bau als «Grosse Synagoge» oder «Basler Synagoge» bekannt. Obwohl sich die finanzielle Situation der IGB dank der Hilfe des Kantons in Sachen Sicherheit, eine Neuorganisation des Steuersystems und mehreren Zuwendungen merklich entspannt hat, haben die anwesenden Mitglieder an der GV der Umbenennung mit grosser Mehrheit zugestimmt und so den IGB-Vorstand ermächtigt, auf weitere Verhandlungen mit dem Spender einzutreten.

Manuel Battegay, der ehemalige IGB-Präsident, begrüsst die Unterstützung. «Nachdem der Kanton Basel-Stadt die Sicherheitskosten weitgehend übernommen hat, sind wir bei angespannter Finanzsituation der IGB intensiv auf Sponsorensuche gegangen und froh um diesen grossen Beitrag», sagt er auf Anfrage. «Der Spender will aber keine Diskussion um seine Person, später aber aus der Anonymität heraustreten.» Der Vorname des Spenders ist Joseph, wer aber genau dahintersteckt, ist unklar; erste Spekulationen um Namen werden bereits herumgeboten.

Die Frage nach der Integrität

Die hohen Sicherheitskosten sind aber nur ein Teil der Geschichte, warum der IGB in eine finanzielle Notlage geriet. Eine weitere Ursache für die finanziellen Probleme ist der Mitglie-



Seit über 150 Jahren gehört die Synagoge zu Basel. Foto: Tamedia-Archiv

derschwund, der verminderte Steuereinnahmen zur Folge hat. Vor allem wegen Überalterung und Auswanderung ist die Zahl der IGB-Mitglieder in den letzten 15 Jahren von 1400 auf unter 900 gesunken. Dazu kamen in der letzten Zeit strukturelle Probleme in der IGB-Verwaltung.

Battegay verweist darauf, dass eine solche Umbenennung keineswegs ungewöhnlich sei. «Es gibt auch andere Synagogen, die nach Personen oder biblischen Figuren benannt sind. Vorgesehen ist die heutige Bezeichnung mit Zusatz», sagt Battegay.

Auch wenn die Umbenennung von Synagogen und Gemeindezentren nach Spendern in den USA und Israel sowie im orientalischo-jüdischen Kulturkreis üblich ist, so sind solche Namensgebungen in der in Basel vorherrschenden elsässisch-süddeutschen jüdischen Tradition eher ungewohnt. So waren an der Versammlung auch kritische Stimmen zu hören. «Wenn man sich für so etwas entschliesst, dann muss die Integrität dieses Spenders vollumfänglich gewährleistet sein», sagt Gabriel Heim, IGB-Gemeindemitglied und

Basler Publizist. «Wir haben als Gemeinde ja keinen Einblick in die Motivation dieses Spenders.»

Namen sind nicht geschützt

Die BaZ wollte von IGB-Rabbiner Moshe Baumel wissen, ob eine solche Spende keinen Einfluss auf die religiöse Unabhängigkeit der Synagoge habe. Baumel wollte dazu keine Stellung nehmen.

Einer offiziellen Namensänderung dürften keine behördlichen Auflagen in die Quere kommen. Auch wenn die Basler Synagoge ein Kulturgut von nationaler Bedeutung ist und in der Liste der

A-Objekte im Kanton Basel-Stadt aufgeführt wird, so seien nicht Namen geschützt, «sondern die Objekte an sich». Der Gattungsbegriff Synagoge jedenfalls bleibe bestehen, so das Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt.

An der IGB-Versammlung war auch die Suche nach einem neuen Präsidenten ein Thema, da Manuel Battegay per Mittwoch zurückgetreten ist. Als Ersatz für Battegay hat sich Emmanuel Ullmann beworben, Vizepräsident und Kassier der Grünliberalen Partei Basel-Stadt. Die Wahl findet am 19. Januar 2020 statt.

Experten über die Bedrohungslage für Schweizer Juden und jüdische Einrichtungen

Sind Schweizer Juden **sicher**?

DINA HUNGERBÜHLER

Anschläge oder Attentatsversuche auf jüdische Einrichtungen oder Menschen gehören immer noch zu Alltag nicht nur im europäischen Ausland. Der vereitelte Anschlag auf eine Synagoge von Halle, der Angriff auf einen jüdischen Senior in Berlin sowie die Schändung jüdischer Gräber im Elsass sind die aktuellsten Beispiele von antisemitischen Übergriffen der letzten Monate. In der Schweiz ist es bisher verhältnismässig ruhig geblieben. Dennoch drängt sich auch hier die Frage auf, wie es um die Sicherheit jüdischer Einrichtungen steht; *tachles* wollte von jüdischen Gemeinden, Sicherheitsbehörden- und Experten wissen, wie die Bedrohungslage in der Schweiz ist und ob jüdische Einrichtungen ausreichend geschützt sind.

Die Gefahrenlage in der Schweiz

Laut offiziellen Angaben des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) ist in der Schweiz die Terrorbedrohung seit dem Jahr 2015 erhöht. Die grösste Terrorbedrohung geht von jihadistisch motivierten Anschlägen aus, dabei verweist der NDB-Lagebericht 2019 auch explizit auf die Gefährdung jüdischer Interessen. Konkret hatte der NDB in den letzten Jahren rund 500 Personen auf dem Radar, die wegen jihadistischer Propagandaverbreitung im Inland oder Kontakten zu radikalen Szenen im Ausland aufgefallen waren. 81 Personen waren Jihad-Reisende, von denen sich im Jahr 2017 mindestens elf Personen wieder in der Schweiz aufhielten. Auf Anfrage von *tachles* bestätigte die NDB-Sprecherin Isabelle Graber, dass für die Schweiz nach wie vor eine erhöhte Terrorgefahr durch jihadistisch motivierte Akteure besteht und auch jüdische Interessen betroffen werden können. Sie verweist jedoch darauf, dass nach aktuellen Beurteilungen des NDB andere Länder im Vordergrund stehen. In Bezug auf jüdische Einrichtungen besteht laut Isabelle Graber jedoch auch die Gefahr von Anschlägen aus rechtsextremen Kreisen. Die rechtsextreme Szene in der Schweiz ist gemäss dem aktuellen NDB-Lagebericht im Aufbruch, mehrere Gruppierungen verfügen mittlerweile über offizielle Webseiten oder Vereinslokale. Bisher ist die Szene nicht durch ihre Gewaltbereitschaft aufgefallen. Laut Analyse des NDB ist es noch unklar, ob dies so bleiben wird. Auch Fabien Merz, Forscher am Center for Security Studies (CSS) der ETH, schätzt die Wahrscheinlichkeit von Übergriffen aus rechtsextremistischen Kreisen im Vergleich zur jihadistischen Bedrohung als höher ein: «Jihadisten haben eine grosse Anzahl an Feindbildern. Die

Wahrscheinlichkeit, dass es genau jüdische Ziele trifft, wird dementsprechend als diffus eingestuft. Ganz im Gegensatz zur rechtsradikalen Szene, wo Juden zum Hauptfeindbild gehören. Die logische Schlussfolgerung daraus wäre, dass die Wahrscheinlichkeit eines rechtsextremistisch motivierten Anschlags auf eine jüdische Einrichtung als höher einzustufen ist.» Laut Merz ist die Unterscheidung bezüglich der qualitativen und quantitativen Komponente wichtig: «Rechtsextremistisch motivierte Anschläge dürften zwar wahrscheinlicher sein, jedoch geringer in der Gewaltbereitschaft. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Gewaltbereitschaft, und somit auch die Auswirkungen eines möglichen Anschlags, bei jihadistisch motivierten Tätern als höher einzustufen ist.»

Extremistische und antisemitische Einstellungen in der Schweiz

In der Schweiz zeigten im letzten Jahr 9 Prozent der Bevölkerung eine negative Einstellung gegenüber jüdischen Personen, wie aus der aktuellen Erhebung «Zusammenleben in der Schweiz» des Bundesamts für Statistik hervorgeht. Diese Zahl sei seit dem Jahr 2010 mehr oder weniger konstant, beobachtete Dirk Baier, Leiter des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). In der Schweiz gibt es demnach einen festen Kern in der Bevölkerung, der antisemitischen Stereotypen zustimmt oder gegenüber jüdischen Personen eine negative Einstellung hat. «Jedoch ist es schwierig von einer solch breiten Bevölkerungsgruppe das Gefahrenpotential abzuleiten», meint Dirk Baier. «In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass Jugendliche eher zu antisemitischen Übergriffen und Gewalttaten bereit sind als Erwachsene. In unserer jüngsten schweizweiten Befragung haben 6 Prozent der Jugendlichen im Alter von 17 bis 18 Jahren antisemitischen Aussagen zugestimmt. Somit gibt es durchschnittlich pro Schulklasse eine Person, die antisemitische Einstellungen hat.» Dabei stimmen laut Dirk Baier muslimische Jugendliche dreimal häufiger antisemitischen Aussagen zu, jedoch weist eine klare Mehrheit von 82 Prozent keine klare antisemitische Haltung

auf. 5,9 Prozent der befragten Jugendlichen vertreten wiederum ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. «Es gibt also ein gewisses Gefahrenpotential unter Jugendlichen in der Schweiz, was die Einstellung betrifft. Es ist jedoch auch hier sehr schwer abzuschätzen, wie viele der Jugendlichen auch tatsächlich zu einer Tat schreiten würden. Denn dabei spielen wiederum sehr viele Faktoren wie Affektaten und Gruppendynamik eine Rolle.» Laut dem Antisemitismusbericht des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) und der Stiftung gegen Rassismus kam es in der Deutschschweiz im Jahr 2018 zu keinen schweren Gewalttaten gegenüber jüdischen Personen. Insgesamt wurden 577 antisemitische Vorfälle gemeldet, wobei knapp 30 davon Taten wie Beschimpfungen, Sachbeschädigung oder kleinere Tötlichkeiten waren. Der grösste Teil der Vorfälle fand im Internet statt. Dabei fällt auf, dass antisemitische Propaganda im Netz wieder salonfähig scheint. Viele User würden antisemitische Propaganda unter vollen Namen und gut erkennbaren Profilbildern posten. Der Antisemitismusbericht 2018 bezieht sich jedoch nur auf Vorfälle in der Deutschschweiz. Es wird daher von einer grossen Dunkelziffer ausgegangen. Laut den Autoren des Antisemitismusberichts sowie den befragten Sicherheitsexperten muss somit auch in der Schweiz von einem gewissen latenten Gewaltpotential gegenüber jüdischen Personen ausgegangen werden, gerade weil Propaganda im Internet zu physischen Übergriffen verleiten kann und das Handeln von Einzelpersonen schwer einzuschätzen ist.

Sicherheit in den jüdischen Gemeinden

Somit stellt sich die Frage, was dies für die Sicherheitsvorkehrungen der jüdischen Gemeinden in der Schweiz bedeutet. Laut dem SIG-Generalsekretär Jonathan Kreutner seien die Sicherheitsvorkehrungen der verschiedenen Gemeinden an die jeweilige Gefährdungslage angepasst: «Wenn im Ausland Übergriffe wie in Halle passieren, fliessen die Erkenntnisse in die Risikoanalyse ein. Die Sicherheitsmassnahmen sind aber schon auf einem hohen Stand und daran hat Halle nichts geändert. Es muss aber jeweils auf Ebene der Gemeinde in Zusammenarbeit mit den Behörden entschieden werden, welche zukünftigen Anpassungen für die jeweilige Gefährdungslage nötig sind. Unserer Einschätzung zufolge sind hier alle jüdischen Gemeinden auf einem guten Weg.» Die befragten Sicherheitsbeauftragten in den Gemeinden Zürich (ICZ), Lausanne (CILV), Basel (IGB) und Winterthur (IGW) teilen diese Meinung grösstenteils. So beispielsweise Gilbert Goldstein, Sicherheitsbeauftragter der IGB: «Wir machen

«Gesellschaftlicher Rückzug wäre kontraproduktiv.»



Lausanne sichert die Synagoge mit Einsatz von Freiwilligen.

das, was wir als notwendig anschauen und was mit unseren finanziellen Mitteln möglich ist. Es könnte immer noch mehr in die Sicherheit investiert werden, jedoch kostet ab einem gewissen Punkt eine kleine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen exponentiell viel mehr, sodass man gut abwägen muss.» Auch Raphael Levy, CILV-Sicherheitschef, schätzt die Lage mehrheitlich positiv ein: «Bei einem Anschlag, wie er in Halle passiert ist, wäre unsere Gemeinde wahrscheinlich gut geschützt gewesen. Besser geplante Anschläge, wie sie vor ein paar Jahren in Christ Church oder Toulouse stattgefunden haben, wären kritischer gewesen. Allgemein sind jedoch sowohl Handlungen von Einzeltäter sowie die Effizienz unserer Massnahmen sehr schwer abzuschätzen. Wir wissen ja nicht, wie viele Taten wir mit unseren Sicherheitsmassnahmen bereits verhindern konnten.»

Unterschiede in den Sicherheitsvorkehrungen

Für die föderale Schweiz nicht überraschend ist, dass es in den verschiedenen jüdischen Gemeinden einige Unterschiede zwischen der Art und Anzahl der getroffenen Sicherheitsmassnahmen, dem Sicherheitsbudget sowie der Zusammenarbeit mit den Behörden gibt. Die grösste jüdische Gemeinde in der Schweiz hat laut ICZ-Präsidentin Shella Kertész «seit Jahrzehnten ein umfassendes Sicherheitskonzept mit den entsprechenden Fachleuten, wobei die Sicherheitskosten der ICZ sich auf ungefähr 15 Prozent des gesamten Gemeindebudgets belaufen». Laut Kertész wird zudem sehr eng mit der städtischen und kantonalen Sicherheitsbehörde zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit beinhaltet unter anderem stadtpolizeilichen Schutz an gewissen jüdischen Festtagen sowie Informationsaustausch mit den polizeilichen Behörden. Dies bestätigt auch Werner Schaub, Sprecher der Kantonspolizei Zürich: «Die Kantonspolizei Zürich ist

im Bereich von extremistischen Aktivitäten jeglicher Art sehr wachsam. Im Rahmen der Gefahrenabwehr stehen wir in engem Kontakt mit den Bundes- und Gemeindebehörden. Konkretisieren sich entsprechende Hinweise, so nimmt die Kantonspolizei Zürich jeweils Kontakt mit Behördenvertretern und Organisationen oder Institutionen auf und macht diese auf mögliche Gefahren aufmerksam.» Aus Sicherheitsgründen wollten weder Shella Kertész noch die Kantonspolizei genauere Angaben zum Sicherheitsdispositiv der jüdischen Institutionen in Zürich machen.

Auch jüdische Einrichtungen in Basel werden laut Gilbert Goldstein, Sicherheitsbeauftragter der IGB, zum Teil zusätzlich durch die Kantonspolizei geschützt und ergänzen den internen Sicherheitsdienst der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB). Dabei nimmt der Kanton Basel-Stadt eine Vorreiterrolle ein, was die zusätzliche kantonale Beteiligung an Kosten und Ausbildung von Sicherheitspersonal für jüdische Institutionen angeht (*tachles* berichtete). Insgesamt werden 22 jüdische Einrichtungen in Basel mit Sicherheitspersonal, baulichen und technischen Massnahmen geschützt. Basel sei aufgrund seiner geografischen Lage zwischen Frankreich und Deutschland ein besonders gefährdeter Ort. «Die Sicherheitskosten der IGB machen darum einen beträchtlichen Teil des finanziellen Budgets der IGB aus», erläutert Goldstein. Warum insbesondere die IGB von seinen Sicherheitskosten stark belastet wird, erklärt er damit, dass in Basel, ähnlich wie in Zürich, Sicherheitsvorkehrungen mit ständigem Personal gewährleistet werden müssen. Diese Kosten werden jedoch von verhältnismässig weniger Mitglieder getragen. Die zusätzliche Unterstützung vom Kanton Basel-Stadt sowie von israelischer Seite seien daher von grossem Wert.

In der jüdischen Gemeinde Lausanne/Waadt (CILV), werden die Einrichtungen nicht

durch einen auswärtigen Sicherheitsdienst geschützt. Laut dem Sicherheitschef Raphael Levy arbeitet die CILV ausschliesslich mit Freiwilligen aus der Gemeinde zusammen. Diese sind zum Teil ebenfalls bewaffnet und werden regelmässig geschult. Zur Vereinfachung wurde eine eigene Sicherheitsfirma gegründet, welche als Verein organisiert ist. Dies ermöglicht eine bessere Koordination mit den polizeilichen Behörden. Ein ähnliches Modell wird gemäss Levy auch in anderen Westschweizer Gemeinden und womöglich bald in Bern angewendet. Jedoch bezeichnet Levy die Zusammenarbeit mit den polizeilichen Behörden nicht als besonders eng: «Wir treffen uns zwar regelmässig, um über die aktuelle Sicherheitslage zu beraten, die Polizei darf uns aus gesetzlichen Gründen nur begrenzt Informationen weiterleiten. Wir versuchen zum Teil unsere eigene Risikoanalyse zum Beispiel über Social Media zu machen. Auf begründete Anfrage unterstützt uns die Stadtpolizei dann an gewissen Events und Festen.» Bei der CILV werden insbesondere das Gemeindezentrum, die Synagoge und die Schule geschützt. Der jüdische Friedhof wird technisch überwacht. Durch die Zusammenarbeit mit Freiwilligen halten sich die Sicherheitskosten der CILV in Grenzen. Eine direkte Unterstützung aus Israel erhält die Sicherheitsfirma nicht.

Die IGW in Winterthur zählt mit ihren 95 Mitgliedern zu den kleineren jüdischen Gemeinden. Dennoch muss sich die IGW mit Sicherheitsfragen beschäftigen. Unter anderem, weil in der An-Nur-Moschee in Winterthur extremistisches Gedankengut verbreitet wurde und somit ein erhöhtes Gefahrenpotential bestehen könnte. Die IGW hat keinen internen Sicherheitsdienst. «Bei Bedarf wird jedoch mit einem privaten Sicherheitsunternehmen zusammengearbeitet», erklärt der IGW-Sicherheitsbeauftragte Olaf Ossmann. «Zudem stehen gewisse jüdische Einrichtungen wie das Gebetshaus oder der Wohnort der Vorstandsmitglieder auf der Liste der gefährdeten Orte der Stadtpolizei Winterthur. An diesen Orten wird regelmässig patrouilliert.» Auch an allen Veranstaltungen und insbesondere Festtagen erhält die IGW zusätzliche polizeiliche Unterstützung. Im Moment hat die Stadtpolizei die Alarmstufe auf das höchste Niveau gesetzt. Die Zusammenarbeit funktioniert laut Ossmann seit einigen Jahren sehr gut: «Die Polizei hat grosse Fortschritte in ihrer internen Koordination gemacht, nun haben wir direkte Ansprechpartner, mit denen wir ein vertrauensvolles Verhältnis pflegen. Dies ist nicht selbstverständlich und hängt fest von persönlichen Kontakten ab.» Besonders als kleinere Gemeinde sei man stark von der Zusammenarbeit mit den öffentli- →



www.lerncenter.ch
+41 44 811 00 00

Die Zürcher Privatschule mit Weitsicht und Herz. Seit 1997.



chen Sicherheitsbehörden, aber auch den verschiedenen Sicherheitshubs, welche über den SIG koordiniert werden, abhängig. «Seit Halle überlegen wir uns jedoch noch intensiver, ob wir im Rahmen der Verordnung zur finanziellen Unterstützung von gefährdeten Minderheiten Gelder für weiter bauliche Massnahmen beantragen wollen.»

Präventive Massnahmen

Dass in der Schweiz mittlerweile eine bessere Koordination zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden und jüdischen Institutionen besteht, findet auch André Duvillard, Delegierter der Kantone und des Bundes beim Sicherheitsverbund Schweiz. Der Sicherheitsverbund Schweiz hat im Jahr 2016 zum Zweck der Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus einen nationalen Aktionsplan ausgearbeitet. Fokussiert wird dabei eben genau auf die enge Zusammenarbeit von allen föderalen Stufen, aber auch von verschiedenen Bereichen wie Sozialarbeit, Schulen und Forschung. Ganz zentral seien vor allem präventive Massnahmen, wie die Früherkennung von potentiell gewalttätigen radikalisierten Personen und die Verhinderung von Radikalisierung an sich. André Duvillard bestätigt jedoch auch die Problematik, dass die Zusammenarbeit zwischen jüdischen Institutionen und polizeilichen Behörden nicht überall gleich abläuft und sich bisher in gewissen Kantonen als schwieriger herausstellte. Jedoch sei die föderale Struktur insbesondere bei der Früherkennung von potentiellen Tätern ein grosser Vorteil der Schweiz. «In vielen Kantonen konnten zudem bereits passende massgeschneiderte Lösungen möglich gemacht werden.» Das nicht nur reaktive Sicherheitsdispositive mit personellen, baulichen und technischen Sicherheitsmassnahmen genügen, bestätigen auch Fabien Merz vom CSS sowie Dirk Baier von der ZHAW. Beide betonten, dass unbedingt auch bei präventiven Massnahmen der Früherkennung investiert werden muss und das Früherkennungsmassnahmen am effektivsten auf lokaler Ebene ansetzen. «Als Schlüsselement sehe ich den Kontakt zwischen jüdischen Personen und anderen Bevölkerungsgruppen. Es wäre kontraproduktiv, wenn sich die jüdische Bevölkerung der Schweiz immer mehr zurückziehen würde. Daher sollte auch mehr über das Sicherheitsempfinden der jüdischen Personen in der Schweiz geforscht werden», meint Dirk Baier. Präventive Massnahmen setzten beispielsweise bereits die IGW sowie die IGB um, indem sie regelmässige Führungen für Schulklassen organisieren. Die befragten Sicherheitsexperten waren sich zudem einig, dass hinsichtlich der gehäuften antisemitischen Vorfälle im Ausland und der nicht allzu grossen, aber latenten Gefährdungslage in der Schweiz eine gute Balance zwischen reaktiven Sicherheitsmassnahmen und Offenheit angestrebt werden soll. Die beste Absicherung gegen gewalttätige Übergriffe, insbesondere durch schwer einschätzbare Einzeltäter, sei nach wie vor, dass es gar nicht erst zu der Verbreitung von extremistischem Gedankengut kommt. ●

Stadttäger

Warum die Basler Synagoge zwei Kuppeln hat

Stadttäger Die Synagoge galt einst als «vollkommen gelungenes Gebäude». Dann musste sie umgebaut werden.

Die «Allgemeine Zeitung des Judentums» fand in ihrer Berichterstattung über die Eröffnung der Synagoge im September 1868 eine pointierte Formulierung: «Basel, die Stadt so vieler mittelalterlicher Gräueltaten gegen die Juden und wiederholter Austreibungen derselben, aber auch manches verdienstvollen Schriftwerkes auf unserem Gebiete, hat jetzt den Sieg der Glaubensfreiheit besiegelt, indem in seinem Weichbilde eine Synagoge erbaut und öffentlich eingeweiht worden, und zwar unter allgemeiner Teilnahme der Bevölkerung.»

Tatsächlich liest sich die Geschichte der Juden in Basel als sehr wechselvoll. Um das Jahr 1200 herum bestand eine erste Synagoge an der heutigen Unteren Gerbergasse. Rund 150 Jahre später aber, am 16. Januar 1349, sollte die erste jüdische Gemeinde in Basel ein jähes Ende finden. Weil ihren Mitgliedern vorgeworfen wurde, zur Zeit der Pest die Brunnen vergiftet zu haben, wurde sie ausgelöscht. Erst ab 1360 wurden wieder Juden in die Stadt gelassen. Das hebräische Druckwesen und die hebräische Sprachwissenschaft florierten jedoch im Basel des 15. Jahrhunderts ohne nennenswerte jüdische Präsenz, sondern unter dem Einfluss des Humanismus.

Ihre zweite Synagoge hatten die Juden in Basel sodann in der Gerbergasse – dort, wo sich heute das Unternehmen Mitte befindet. Später, um das Jahr 1850 herum, befand sich das Gebetshaus am Unteren Heuberg – und dann entstand das Gebäude an der Ecke Leimenstrasse/Eulerstrasse. Es entstammte der Feder des



Die 1860 entstandene und später erweiterte Synagoge an der Eulerstrasse ist heute ein Kulturgut von nationaler Bedeutung. Foto: Dagmar Morath

Architekten Hermann Rudolf Gauss und zeigte sich – der damaligen Mode entsprechend – als neumauresch-byzantinischer Kreuzkuppelbau. Architekt Gauss selber konnte die Fertigstellung der Synagoge nicht mehr erleben; er starb wenige Monate vor deren Einweihung.

Das kompakte Gebäude mit orientalischem Akzent beschrieb das «Tagblatt der Stadt Basel» als ein «vollkommen gelungenes Gebäude, dessen

zierliche Kuppel weithin gesehen und nicht nur der nächsten Umgebung, sondern der ganzen Stadt zur Zierde gereicht». Doch schon bald wurde das Gotteshaus der Israelitischen Gemeinde zu klein, denn die Gemeinde wuchs stetig. Zählte Basel 1860 noch 172 Juden, waren es im Jahr 1870 bereits 429 und nochmals 40 Jahre später 2452.

Man entschied sich, die Synagoge der Eulerstrasse entlang zu erweitern, und zwar so, dass

eine Art Verdoppelung des ersten Gebäudes entstand: ein Zwillingsbau quasi mit zwei identischen Kuppeln. Die Idee stammte vom Basler Kirchenarchitekten und Poeten Paul Reber. In diesem Haus mit seinen beiden Seitenschiffen, Säulenreihen und Galerien finden nun nicht mehr nur gut 200, sondern gegen 600 Menschen Platz.

Heute ist die bereits mehrfach restaurierte Synagoge mit ihren zwei Kuppeln, die je mit einem

goldenen Spitz verziert sind, ein Kulturgut von nationaler Bedeutung und steht gemäss der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut sowie gemäss dem Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten unter Schutz.



Dominik Heitz
BaZ-Redaktor

Video- und Audiobeiträge



Gespräch mit Dr. Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes

(Telebasel Talk, 05.12.2016, 6:44 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=531d08b0-b9c4-4abf-8cc1-c64cbab37b21>



«Jüdische Gemeinschaft bekommt Geld von Basel-Stadt»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 15.02.2017, 2:40 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=b60c1d47-8d63-4efd-a5a2-31d312237e3a>



«Israelitische Gemeinde Basel erhält Geld für Sicherheitsmassnahmen»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 08.09.2017, 1:51 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=335c0708-52cd-4142-95c7-21837b561370>



«Unmut bei der Israelitischen Gemeinde Basel»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 31.01.2018, 4:11 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=ce6216e2-92ea-48b9-8992-7d3712605856>



Gespräch mit Dr. Ralph Lewin, Ex-Regierungsrat Basel-Stadt

(Telebasel Talk, 27.02.2018, 9:31)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=9c5b250a-d0b6-4db6-ac56-318c50cf6c3f>



«Juden in Basel vor Chanukka in Sorge»

(Telebasel News, 04.12.2018, 2:27 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=9efb109d-4447-4770-8e26-31da273b9963>



«Gericht verurteilt antisemitischen Täter zu einer Therapie»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 20.11.2019, 5:25 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/e612ae1a-1781-419f-ba13-7730b3492336/media=b56c1617-0b2d-414f-9ed5-b74fd752d8e7>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2020:
Jüdische Gemeinde – gefährdete Kontinuität

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Juni 2020
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2020 Leitartikel (S. 2–5): Simon Erlanger
© 2020 Abbildungen (S. 7–9): siehe Bildlegenden
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung, www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch